

# Das Patronat schlug am 2. Mai zurück

Waren vor und am 1. Mai die Gewerkschaften nicht zimperlich bei Aussagen übers Patronat, so gab sich die UEL («Union des Entreprises Luxembourgeoises») am 2. Mai überzeugt von ihrem Sendungsbewußtsein für Luxemburg und von der Richtigkeit ihres Standpunkts, auch »Argumente« genannt. Das darf nicht verwundern, ist doch die Vereinigung sämtlicher sektorieller Föderationen und der zwei Patronats-Kammern den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet. Und Politik ist nun mal Interessenvertretung, wobei diese Kunst vom Patronat weit besser beherrscht wird, als von den Gewerkschaften. Deshalb leben wir schließlich im real existierenden Kapitalismus!

Jedenfalls hat die UEL ihren Gegenangriff gut vorbereitet mit einem 35-seitigen »programmatischen Bericht« unter dem Titel »Défendre durablement les intérêts économiques, sociaux et écologiques«, einer 8-seitigen Zusammenfassung, die auf Karton gedruckt ist, und der mittlerweile in Luxemburg üblichen Powerpoint-Präsentation samt Presseerklärung für »eine breite Diskussion«.

## Genug Profit machen

UEL-Präsident Michel Wurth sagt klar und deutlich, was er unter »nachhaltig« versteht: es geht darum, »genug Profit zu machen«, und er behauptet, jeder Wert werde von den Betrieben geschaffen und von sonst niemandem. Und wie wäre es, wenn der Wert in Wirklichkeit durch die Arbeit der Lohnabhängigen entsteht? Dies läge erheblich näher an der geforderten Objektivität im Sozialdialog, der ansonsten auch noch sauber und klar sein soll: es gibt halt einfach Argumente, die stimmen, und andere, die stimmen nicht. Gespannt dürfen wir auf die angekündigte soziale und/oder gesellschaftliche Verantwortung der Betriebe sein: ein externer Berater wird eingesetzt, für das Projekt sollen EU- und nationale Gelder »abgerufen« werden!

was billiger. Weswegen eigentlich zu erwarten ist im großregionalen Arbeitsmarkt, daß nach dem Prinzip der kommunizierenden Gefäße die Arbeitslosigkeit in Luxemburg so lange ansteigt, bis sie gleich hoch ist, wie im grenznahem Umland. Ein Phänomen, das »auch eine Realität ist«, gibt immerhin Fonds-Vertreter Rommes zu.

## Arbeitet länger!

Daß es doch etwas sonderbar ist, wenn übermorgen kein Geld für Pensionen mehr da sein soll, obwohl die Produktivität der Lohnabhängigen noch nie so hoch war, will die UEL nicht einsehen, nachdem erklärt wurde, die Reserven der Pensionsversicherung und die versprochenen Leistungen klafften so weit auseinander, daß die Lücke auch nicht mit einer besseren Anlage zu schließen sei. Gegen eine Ausweitung der Beitragsgrundlage spricht sich Michel Wurth aus, da damit der Wettbewerbsvorteil der relativ niedrigen Sozialabgaben wegfiel. Sprich: es gäbe weniger Profit, womit er natürlich Recht hat.

Weil er lieber mehr Profit hat, fordert er eben niedrigere Renten und längeres Arbeiten, etwa mit einem interessanteren Statut für Teilzeitarbeit, mehr Weiterbildung, damit 50-55jährige nicht durch aktuelle Arbeitsmethoden überfordert sind, und ein Lohnschema, das statt auf Alter auf Kompetenz und Erfahrung aufbaut. Nur: wer Älteren Arbeitsplätze sichern will, indem sie weniger Lohn erhalten, macht Weiterarbeiten nicht wirklich attraktiver.

## Steuerdossier und Einheitsstatut trennen

Man sei sich einig, daß die bisherigen Regierungsvorschläge die Kostenneutralität nicht berücksichtigte. Der Ball liege demnach bei der Regierung. Wobei das Ziel nicht erreicht werden soll durch Gegenrechnung mit anderen Steuersenkungen als etwa jener, die Überstundenentlohnung steuerfrei zu stellen.

## Sündenbock Schule

2006 wurden 12.000 neue Arbeitsplätze im Land geschaffen, 2007 werden es laut UEL sicher wieder über 10.000. Daß dennoch die Zahl der Inlandsarbeitslosen steigt, dafür soll einzig die Schule verantwortlich sein: die Abgänger seien schlechter ausgebildet als die Grenzgänger. Tatsache ist, daß der Anteil an Universitätsabsolventen zu niedrig ist, was ein Problem für den Finanzplatz ist. Da hat Premier Werner seinerzeit ganz offensichtlich zu wenig mit seinem Erziehungsminister kommuniziert.

Ansonsten erklärt Pensionist Reckinger, einer der 18 Unternehmervertreter, die gestern Vormittag nichts anderes zu tun hatten als an einem langen Tisch zu sitzen, wenn »wir« Arbeitsplätze vorschlagen, kämen keine Luxemburger Kandidaturen wegen der Schmutzkonzurrenz von Staat und Gemeinden, um im nächsten Halbsatz die Grenzgänger für »flexibler« zu erklären: ja Chef, selbstverständlich Chef, wer zu Hause nichts findet, gibt's leicht woanders et-

Denn Michel Wurth möchte neben einem kostenneutralen Einheitsstatut, wozu für ihn ein Selbstbehalt der Arbeit- »Nehmer« im Krankheitsfall ebenso gehört wie 25% Überstundenzuschlag für alle auch weniger Betriebssteuern. Dies mit Hinweis auf ebensolche Steuersenkungen in anderen Ländern. Wer viel hat, möchte eben gerne mehr.

Und überhaupt: die UEL will ein flexibleres Arbeitsrecht angesichts des hoch entwickelten Sozialmodells, man könne »den Schinken nicht in der Rahm kochen«.

Weil Jammern der Gruß des Kaufmanns ist, wird sich noch über die EU-Kommission und die Änderungen beim Allokationsplan aufge-regt und dem »Conseil National de la Simplification Administrative« vorgeworfen, er bringe nichts zustande, die Verwaltungslast bliebe pro Lohnabhängigen in Betrieben unter 10 Leuten bei 3.900 € im Jahr, während es in solchen mit über 100 Leuten immer noch 1.000 € sind pro Kopf, Nase und Jahr.